



Vorlage

Datum: 04.10.2012
Vorlage FB II/1775/2012/1

TOP	Betreff Bildung eines Grundschulverbundes
<p>Beschlussentwurf: Der Ausschuss empfiehlt, der Rat beschließt, gemäß § 81 Abs. 2 SchulG zum 1.8.2013 (Schuljahr 2013/14) einen dreizügigen Grundschulverbund aus der Gemeinschaftsgrundschule Stadt (2 Züge) und der Katholischen Grundschule St. Katharina (KGS) (ein Zug) im Wege der Änderung zu gründen. Die KGS wird aufgelöst und als Teilstandort dem Verbund angeschlossen. Standorte werden zunächst die bisherigen Schulstandorte in der Kölner Str. bleiben. Sobald das bisherige Hauptschulgebäude nicht mehr genutzt wird und eine entsprechende Sanierung / Umbau stattgefunden hat, wird der Grundschulverbund komplett in das Gebäude Weststr. 41 umziehen.</p> <p>Die derzeit an der KGS gebildeten Klassen bleiben in ihrer Zügigkeit erhalten und werden bis zum Ende der Grundschulzeit weitergeführt. Die Schule führt zunächst den Namen „Grundschulverbund Hückeswagen (Gemeinschaftsgrundschule und Katholische Grundschule als Teilstandort)“. Den Grundschulen wird die Möglichkeit gegeben, dem Rat einen Entscheidungsvorschlag für einen neuen Schulnamen vorzulegen.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung bei der oberen Schulaufsichtsbehörde zu beantragen (§ 81 Abs. 3 SchulG).</p>	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Schule, Kultur und Sport	27.08.2012	öffentlich
	29.10.2012	öffentlich
Rat	20.11.2012	öffentlich

Sachverhalt:

In der Sitzung des Schulausschusses am 27.8.2012 wurde über die Bildung eines Grundschulverbundes informiert

Der Rat hat im Beschluss vom 16.12.2011 den Verbund und die Zügigkeiten bereits vorgegeben: 2 x GGS, 1 x KGS, so dass nun lediglich der Zeitpunkt festgelegt werden muss. Es ist entscheidend, die Phase der Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft der Schulen bei Eltern und Lehrkräften zu beenden und den Verbund bereits zum Schuljahr 2013/14 zu gründen.

Nach Abstimmung mit dem Oberbergischen Kreis (Schulaufsicht) und der Bezirksregierung (Schulaufsicht und Genehmigungsbehörde) ist die Verbundbildung im Wege einer „Änderung“ durchzuführen, durch die die KGS aufgelöst und als Teilstandort dem Verbund angeschlossen wird.

Durch den Verbund entsteht eine größere Schule, die durch ein gemeinsames Kollegium mehr Möglichkeiten bei der Unterrichtsgestaltung und der Versorgung mit Fachlehrern hat. Außerdem kann flexibler z.B. auf krankheitsbedingte Ausfälle reagiert werden.

Die Schulkonferenzen beider Schulen wurden beteiligt und zu Stellungnahmen aufgefordert, diese sind als Anlage beigefügt.

Die Schulkonferenz der GGS Stadt befürwortet den Grundschulverbund.

Die Schulkonferenz der KGS verweist auf die Stellungnahme vom Juli 2011, die im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung abgegeben wurde. Aktuell nimmt sie die Entscheidungen des Schulträgers zum Grundschulverbund und zur Zügigkeit zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Beteiligte Fachbereiche:

FB			
Kenntnis genommen			

Bürgermeister o.V.i.A.

Annette Binder